



Valéry Giscard d'Estaing

Geboren 2. Februar 1926 in Koblenz. 1962–1966 Minister für Finanzen und wirtschaftliche Fragen. 1969–1974 Minister für Wirtschaft und Finanzen. 1974–1981 Präsident der Französischen Republik. Während dieser Zeit: Mitbegründer des Europäischen Rates, des Europäischen Währungssystems und der Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs (G7 und G8). 2002 Präsident des Europäischen Konvents für die Zukunft Europas.

Valéry Giscard d'Estaing
Staatspräsident a.D. der Französischen Republik

„Deutsche und Franzosen in der EU: Quo vadis, Europa?“

(*Die Rede im französischen Original ab Seite 10*)

Würdigung und Dank (*ab Seite 18*)

Helmut Schmidt
Bundeskanzler a.D. der Bundesrepublik Deutschland

Es ist mir ein ganz besonderes Vergnügen, heute Ihr Gast in Hamburg zu sein, einer Stadt, deren Geschichte nicht selten unter französischem Einfluss stand und die schon sehr früh zu den bedeutendsten Metropolen in Europa und der Welt zählte.

Ich kenne Hamburg ein wenig, denn ich bin als Präsident der Französischen Republik damals drei Mal und auch danach noch mehrmals hier gewesen. Ich komme jedes Mal gerne in den hohen Norden, nicht zuletzt, weil ich mit Hamburg schöne Erinnerungen verbinde.

Es ist mir eine besonders große Freude, sehr geehrter Präsident und Mitglieder des „fameux“ Übersee-Clubs, dass Ihre Einladung mir heute die Gelegenheit gibt, hier in Hamburg vor meinem Partner und Freund Bundeskanzler Helmut Schmidt über die tragende Rolle des deutsch-französischen Paares für die Zukunft Europas zu referieren.

Sehr geehrter Herr Präsident, ich werde das Gegenteil von Ihnen tun. Sie sind vom Französischen ins Deutsche übergegangen und ich werde vom Deutschen ins Französische übergehen. Ich bitte Sie nun, die Dolmetsch-Kopfhörer aufzusetzen.

Ich möchte mich zuerst bei der Stadt Hamburg bedanken, bei Ihnen, meine Dame, deren Einladung mir die Gelegenheit bietet, hier und in Anwesenheit meines Partners und Freundes, des Bundeskanzlers Helmut Schmidt die entscheidende Wichtigkeit, täuschen Sie sich nicht, die entscheidende Wichtigkeit der deutsch-französischen Vertrautheit für die Zukunft Europas zu unterstreichen.

Ich beginne damit, mich bei Hamburg zu bedanken, das uns in der Person von Helmut Schmidt einen der besten Bundeskanzler in der deutschen Geschichte – der großen deutschen Geschichte – geschenkt hat. Helmut war ebenfalls ein entschiedener Urheber des deutsch-französischen Bündnisses und Verfechter des Nutzens für den unerlässlichen Zusammenschluss Europas. Sein Name reiht sich inmitten dreier Paare ein, die dazu beigetragen haben, die deutsch-französische Vertrautheit zu besiegen: De Gaulle und Adenauer am Anfang, Mitterand und Kohl vor nicht allzu langer Zeit, Helmut Schmidt mit, erlauben Sie mir, es Ihnen zu sagen, mir selbst als Gesprächspartner.

Nichts deutete jedoch auf Helmut Schmidt als Begründer des deutsch-französischen Bündnisses hin. Geboren und aufgewachsen in Norddeutschland spricht er kein Französisch mit Ausnahme einiger Redewendungen, die dem Wortschatz von Montmartre entlehnt sind, die im Übrigen sehr nützlich sein können. Er hat unser Land selten besucht, mit Ausnahme eines kurzen Aufenthalts im besetzten Frankreich, glaube ich.



Helmut Schmidt

Geboren 23. Dezember 1918 in Hamburg. Deutscher Politiker (SPD). 1967 bis 1969 Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, 1969 bis 1972 Bundesminister der Verteidigung, 1972 Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen, 1972 bis 1974 Bundesminister der Finanzen. 1974 bis 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1983 ist Helmut Schmidt Mit Herausgeber der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Aber seine Überlegungen und seine Erfahrung haben ihn davon überzeugt, dass ein enges Bündnis unserer beiden Länder eine Voraussetzung nicht nur für den Fortschritt, sondern sogar für das Überleben Europas ist.

Während der sieben Jahre, in denen wir Gelegenheit hatten, zusammenzuarbeiten, gab es nicht ein einziges Mal, und ich betone das, nicht ein einziges Mal eine Uneinigkeit oder nur einen Missklang zwischen den deutschen und französischen Positionen. Und dies, obwohl die Zeit nicht einfach war: der Kalte Krieg, mit dem Risiko der gegenseitigen Zerstörung, die Teilung Deutschlands, die Besetzung Osteuropas, der Einfall der Sowjetarmee in Afghanistan, die politische Destabilisierung Polens. Und unser Bündnis hat den Zusammenschluss Europas gefördert, wie Sie es erwähnt haben, Herr Präsident, und wie Sie es erwähnt haben, stellvertretende Frau Bürgermeisterin.

Einrichtung des Europäischen Rats schon 1974 – auf die deutsch-französische Initiative hin –, Abkommen über die Schaffung einer europäischen Währungsunion, 1978 ein futuristisches Abkommen, nicht weit von hier im Übrigen, in Bremen, wir haben uns nun an all dies gewöhnt, erste Wahl mit allgemeinem Wahlrecht zum Europäischen Parlament 1979 und all diese Initiativen gingen entweder aus deutsch-französischen Vorschlägen oder aus unseren gemeinsamen Beiträgen zu Vorschlägen unserer Partner hervor. Dies alles bringt uns dazu zu bedauern, dass bestimmte Initiativen heutzutage angekündigt werden, ohne Gegenstand einer ausreichenden vorherigen Beratung Frankreichs und Deutschlands gewesen zu sein. Ich freue mich, meinen Beitrag zu einem Zeitpunkt zu leisten, in einer Zeit, in der auf der einen und anderen Seite des Rheins die Stabilität und Nützlichkeit des deutsch-französischen Paars infrage gestellt werden. Um diese Aussage zu unterstreichen, werde ich sie auf Deutsch wiederholen: Ich freue mich, Ihnen meine Gedanken heute darzulegen, in einer Zeit, in der hier und da auf beiden Seiten des Rheins die Unerschütterlichkeit und der Nutzen des deutsch-französischen Paars manchmal infrage gestellt werden.

Dies führt mich zum Kern meines Themas: das Thema, das mir von Ihrem Club vorgeschlagen wurde: das deutsch-französische Paar und die Zukunft Europas. Was kann dazu gesagt werden? Man kann sagen, dass Europa sehr gut vorangekommen ist, dass die Welt sich jedoch noch schneller verändert und dass die Verbindung von Deutschland und Frankreich unabdinglich ist, wenn man möchte, dass Europa auch weiterhin eine Rolle spielt und seine Werte verteidigt.

Man beschwert sich oft über die Langsamkeit, mit der Europa voranschreitet. Dies ist wahr und unwahr zugleich. Die Vereinigung eines Kontinents, die man „continent building“ nennen könnte, ist ein langwieriger historischer Prozess, es sei denn, man erzwingt ihn mit Waffengewalt. Dieses Projekt wurde vor nunmehr 58 Jahren ins Leben gerufen. In einem halben Jahrhundert haben wir Europäer viel geleistet und ich erinnere an die wichtigsten Fortschritte:

Beseitigung des Krieges in Europa als Instrument zur Konfliktregelung und wir, Franzosen und Deutsche, können bei diesem großen Ergebnis viel gewinnen. Der gemeinsame Markt, mit kontinentalen Ausmaßen, die Einrichtung des Europäischen Rats – politische Regierungsstruktur Europas, einer noch im Entstehen begriffenen Regierung selbstverständlich, die demokratische Wahl zum Europäischen Parlament. Am Anfang war dieses Europaparlament eine beratende Versammlung im Vertrag von Rom und dann ist es gewachsen, man hat ihm Befugnisse zugestanden und nun wird es mit allgemeinem Wahlrecht gewählt und hat im Augenblick, wie Sie wissen, einen ausgezeichneten deutschen Präsidenten.

Die Einführung der gemeinsamen Währung, des Euro, die ein großes Opfer für Ihr Land darstellte, da Sie, was verständlich ist, an Ihrer nationalen Währung hingen, der Deutschen Mark, die ein Symbol für den Wiederaufbau des Nachkriegsdeutschlands darstellt. Also, es war ein großes Opfer und deutsche Spitzenpolitiker, insbesondere Helmut Schmidt, mussten all ihre Autorität und Überzeugungskraft für die Akzeptanz der gemeinsamen Währung aufbringen. Es wurde gesagt: „Es wird nicht stattfinden oder wenn es stattfindet, wird es scheitern.“ Noch um das Jahr 2000 bis heute ist der Euro, wie Sie wissen, die zweitwichtigste Währung der Welt geworden und das Problem, das er uns bereitet, ist nicht auf seine Schwäche, sondern auf seine Stärke zurückzuführen.

In einigen nach Souveränität strebenden Kreisen ist es modern, den Euro zu kritisieren. Es versteht sich jedoch von selbst, dass die aktuelle Finanzkrise, tief greifende Finanzkrise, die Stabilität des europäischen Währungsnetzes erschüttert und eine Welle der wettbewerbsbedingten Entwertung nach sich gezogen hätte, wenn der Euro uns nicht davor geschützt hätte.

Wir haben weiterhin 12 Länder in die Union aufgenommen, die sich im Zentrum und im Osten Europas befinden und die sich bis 1990 in der eisernen Umklammerung der Sowjetunion befanden.

Schließlich, Sie haben daran erinnert, meine Dame, ist Europa dabei, sich mit leistungsfähigeren und demokratischeren Institutionen zu versetzen durch die Verabschiedung des Vertrags von Lissabon. Also, dieser Vertrag von Lissabon, ich mache zuerst eine persönliche Bemerkung – wenige haben ihn gelesen – und wenn ich Sie fragen würde, werte Bürger Hamburgs, Mitglieder eines Debattierclubs, die Hand zu heben, wenn Sie ihn gelesen haben, würde ich wenige erhobene Hände in diesem Raum sehen. Dieser Vertrag von Lissabon ist eine einfache Übertragung von Juristen, wie Sie schon gesagt haben, der Europäischen Verfassung, die eine politische und demokratische Struktur darstellt. Wenn die Qualität des Texts auch nicht die Hoffnung aufkommen lässt, mit dem Nobelpreis für Literatur ausgezeichnet zu werden, gereicht es ihm zumindest zum Vorteil, wenigstens alle institutionellen Fortschritte der Europäischen Verfassung wortgetreu beizubehalten. Dies ist ein bekanntes Phänomen, man ist gezwungen, sie zu suchen, man blättert den Vertrag durch und wenn man sie wiederfindet, sind es die gleichen. Da wir uns in der Karnevalszeit befinden, kann man sagen, dass es sich um den Verfassungsvertrag im Karnevalskostüm handelt. Das Verdienst, zu einem Einvernehmen gekommen zu sein, da man letztlich zu einem Einvernehmen gekommen ist, gebührt dem deutschen Vorsitz der Union – und insbesondere Bundeskanzlerin Angela Merkel, der es gelungen ist, in dem Mandat für die Regierungskonferenz die vollständige Beachtung der in unserem Vertragsentwurf enthaltenen institutionellen Vorschläge aufzuerlegen. Und ich möchte, dass ihr dafür öffentlich gedankt wird.

Die von mir erwähnten Ergebnisse könnten die Begeisterung der Völker hervorrufen und dennoch bleibt die europäische Meinung verdrossen. Dies ist, wie mir scheint, auf zwei Tatsachen zurückzuführen. Zuerst auf die relative Wirkungslosigkeit der europäischen Institutionen, die es nicht erlauben, als ausreichend erachtete Beiträge zur Lösung der großen Probleme unserer Zeit zu leisten: die Energiekrise, Unzulänglichkeit der Wachstumsrate, Fortbestand einer hohen Arbeitslosigkeit, eines technologischen Rückstands. Und vor allem hat die öffentliche Meinung das Gefühl, dass wir hinterherhinken, da andere auf dieser Welt nunmehr schneller sind als wir. Dies ist natürlich ein zentraler und beunruhigender Punkt. Die Welt verändert sich heutzutage außerordentlich schnell und dies erlegt uns schwere Zwänge auf. Die Wachstumsrate der chinesischen Wirtschaft hat im Jahr 2007, wie Sie wissen, 10 % über-

schritten, was einen Vorsprung von 8 % gegenüber der Wirtschaft der Europäischen Union bedeutet. Ein deutsches oder ein französisches Unternehmen, das das gleiche Produkt herstellt, und dieser Fall kommt häufiger vor, ich hatte die Gelegenheit, mit den Verantwortlichen zu sprechen, das das gleiche Produkt in China und in Europa herstellt, stellt fest, dass die Stundenarbeitskosten, einschließlich der Steuer- und Sozialabgaben, sich auf einen halben Euro in China und 25 Euro in unseren Ländern belaufen, das heißt 50-mal mehr. Das Beispiel Indiens zeigt uns, dass die fortgeschrittensten Technologien der aufstrebenden Länder, hauptsächlich im Bereich Informatik, immer konkurrenzfähiger werden. Dies ist ein neuer Faktor. Diese Veränderungen der Welt üben einen starken Druck auf die Gehalts- und Sozialstrukturen unserer Unternehmen aus und bedrohen sie mit Auslagerung und manchmal sogar mit Schließung.

Europa ist also gezwungen voranzuschreiten. Um voranzuschreiten, benötigt die Europäische Union einen starken Impuls. Diesen Impuls sollten ihr Deutschland und Frankreich gemeinsam geben. Sicherlich, es sind nicht mehr die Zeiten eines Europas zu sechst oder zu neunt, eines im Übrigen sehr sympathischen Europas – wir kannten einander gut und unsere beiden Länder konnten ihren Willen den anderen Partnern praktisch diktieren. Aber in einem Europa mit 27 Mitgliedern bedarf jedes große Projekt zum Erfolg der aktiven Unterstützung von Frankreich und Deutschland. Dies ist auf objektive Gegebenheiten zurückzuführen und nicht auf eine Vorliebe oder gar auf den Wunsch, Ihnen zu gefallen.

Welche sind diese objektiven Gegebenheiten? Geografische zuerst: Wenn man eine Karte Europas betrachtet, sieht man, dass unsere beiden Länder bei Weitem das Zentrum ausfüllen und sich gegenseitig ergänzen. Das eine der Nord- und Ostsee zugewandt, das andere dem Atlantischen Ozean und dem Mittelmeer. Beide sind Industriemächte. In einem Europa, das sich desindustrialisiert, sind Deutschland und Frankreich zwei Länder, die eine starke industrielle Struktur beibehalten, mit einer herausragenden Stellung für Deutschland übrigens. Ebenfalls demografisch: Unsere beiden Länder stellen 29,4 % der Bevölkerung des Europas der 27 dar, was die etwas simplizistische Proportion von zwei von 27 Ländern ein wenig korrigiert. Ebenfalls die wirtschaftliche Bedeutung, da unser Nettoinlandsprodukt 40 % des Nettoinlandsprodukts der Union erreicht. Und schließlich die politischen Gegebenheiten: Sie wissen, dass der neue Vertrag in diesem Punkt wörtlich die Bestimmungen des Verfassungsvertrags aufgenommen hat, indem jede Entscheidung in Europa von den Mitgliedsstaaten, die 65 % der Bevölkerung der Union darstellen, gebilligt werden muss.

Also, mit unseren 30 %, mit 1 oder 2 Verbündeten, kleinen oder mittleren, könnten die Deutschen und die Franzosen sich demokratisch einer Maßnahme widersetzen, die ihnen negativ für Europa erscheint. Und diese gemeinsame Kraft sollte in den Dienst der Union Europas gestellt werden.

Der außerordentliche Verlauf der Beziehungen unserer beiden Länder seit 63 Jahren lässt sich dann ermessen. Und es erscheint eigenartig, wie einfach das kollektive Gedächtnis die Existenz dieser vier Etappen vergisst. Bis 1945 herrschte zwischen uns der Kriegszustand, den Helmut Schmidt und ich selbst gekannt haben. Seit den 60er-Jahren die Versöhnung nach einem entscheidenden und übrigens großzügigen Anstoß des Generals de Gaulle und des Bundeskanzlers Adenauer. Die dritte Etappe war diejenige der 70er- und 80er-Jahre einer aktiven Partnerschaft von Frankreich und Deutschland, die manchmal ein wenig irritierend für unsere Partner war, die jedoch Europa ermöglicht hat fortzuschreiten und sich zu konstituieren. Und wir erleben heute nach einer

großen Erweiterung eine vierte Etappe: Es ist diejenige, bei der wir uns vereint fühlen sollten, im Schicksal vereint, wie man manchmal bei Trauungen sagt, ich weiß nicht, wie das in Deutschland ist, aber in Frankreich ist es der Fall, „in guten wie in bösen Zeiten“. Welches Ziel sollten wir also gemeinsam festlegen? Deutschland und Frankreich gegenüber Europa? Ich denke, das ist das gute Funktionieren der neuen Institutionen in Europa zur Erleichterung seiner Anpassung an den neuen Zustand der Welt. Es ist von einem Bedürfnis nach Frieden im Jahr 1945 zu einem Bedürfnis nach Ausdehnung im Jahr 2008 übergegangen. Es muss die Ausdehnung und den Einfluss, die notwendig sind, haben, um seine Werte zu verteidigen und sie in der Welt ausstrahlen zu lassen.

Also, die Europäische Union wird neue Institutionen erhalten, wenn die Ratifizierungen beendet sind, und wenn eine oder zwei fehlen, ehrlich, wird dies kein Problem darstellen, da Europa jetzt über eine Art demokratische Atmung verfügt. Bei ein oder zwei Fehlratifizierungen wird es immerhin 90 % der Bevölkerung und 85 % der Staaten geben, die unterzeichnet haben, dies bedeutet, dass man über eine starke institutionelle Basis verfügt und dass es die Staaten sein werden, die nicht ratifiziert haben, die sich in eine Abseitsposition manövriren.

Also wird die Union über modernere Institutionen verfügen, aber man wird sich daran gewöhnen müssen, sie umzusetzen, und im Text gibt es keinerlei Gebrauchsanweisung. Deutschland ist sehr gut darauf vorbereitet, dies zu tun, da es über eine weitreichende Erfahrung in der föderalen Praxis verfügt. Und im Grunde ist es die gleiche Praxis, auf die man in Europa zurückgreifen wird. Man wird darauf achten müssen, dass Europa aufhört, sich in alles einzumischen, und dass es sich auf seine wahren Kompetenzen besinnt. Es verfügt über einige exklusive Kompetenzen, nicht sehr zahlreiche im Übrigen, aber wichtige: die Währungspolitik, die Wettbewerbspolitik, die Außenhandelspolitik, der Schutz der Meeresschätze, aber es verfügt nicht über alle Kompetenzen. Die Staaten bewahren andere Kompetenzen.

Und so wie Sie in Deutschland über die Erfahrung der manchmal schwierigen Beziehungen der Bundesregierung zu den Regierungen der Länder verfügen bezüglich der Ausübung der Kompetenzen, so wird man in Europa die gleiche Praxis entwickeln müssen. Die Überwachung der Beachtung des Subsidiaritätsprinzips, nunmehr den nationalen Parlamenten anvertraut, das heißt hier dem Bundestag und dem Bundesrat, wird die Realisierung ermöglichen. Denn wenn man erreichen möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger sich wohler fühlen in einem politischen Europa der Zukunft, müssen sie wissen, an wen sie sich mit ihren Sorgen wenden können, an wen sie ihre Anfragen richten können, an die Europäische Union oder an ihre Mitgliedsstaaten. Und diese Unterscheidung ist heutzutage verschwommen. Die Neonationalisten, das heißt die souverainistischen Nationalisten, entgegnen dem mit einem Sophismus. Sie sagen: „Was gut läuft, fällt in die Kompetenz der Staaten, was schlecht läuft, fällt in die Kompetenz Europas.“ Nein! Europa verfügt über bestimmte exklusive Kompetenzen, es hat die Verantwortung, diese zum Wohl Europas auszuüben, die Staaten bewahren die anderen Kompetenzen, sie sind es, die sie ausüben müssen, in guten wie in bösen Tagen, zur Zufriedenheit ihrer Bevölkerung.

Nunmehr wird eine größere Anzahl von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit gefasst. Bis heute, wie Sie wissen, insbesondere in Ihrem Club, müssen viele Entscheidungen einstimmig getroffen werden. Aber, Entscheidungen zu 27 einstimmig zu treffen, das bedeutet, dass ein Land oder zwei aus dem einen oder anderen Grund „Nein“ sagt und man keine Entscheidung treffen kann. Also hat man dies alle fünf Jahre in den Bereich der Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit transfe-

riert. Was bedeutet, dass wir uns von der Kultur des Vetos verabschieden und die neuen demokratischen Entscheidungen akzeptieren müssen, sobald diese die Mehrheit der Europäer sind. Eine dieser Entscheidungen wird die der Ernennung eines neuen ständigen Präsidenten oder einer neuen ständigen Präsidentin des Europarats sein, ernannt vom Rat mit qualifizierter Mehrheit. Bis dahin hatte das Veto zum Beispiel die Ernennung für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission von Herrn Dehaene, dem ehemaligen belgischen Premierminister, verhindert oder die des Herrn Verhofstadt letztes Mal, aber dieses Veto wird nicht mehr angewendet werden können. Die Ernennung dieses neuen Präsidenten wird die wichtigste Entscheidung für die Umsetzung der neuen Institutionen sein.

Sie verfolgen sicherlich in den Zeitungen, im Radio, im Fernsehen die amerikanische Präsidentschaftskampagne. Also sagen Sie sich, dass die Ernennung des Präsidenten oder der Präsidentin von Europa in der Welt beobachtet werden wird, um zu erfahren, ob Europa in der Lage ist, sich einen effizienten Präsidenten zu erwählen, oder ob es sich damit abfindet, eine schwache Präsidentschaft zu erhalten. Europa muss sich seinen George Washington suchen und erfinden, den ersten Präsidenten der Vereinigten Staaten, der aus dieser Tatsache heraus in die Weltgeschichte einging und von dem man sagte, dass er das unvermeidlich machte, was vorher als unwahrscheinlich galt. Diese Suche nach dem zukünftigen Präsidenten oder der zukünftigen Präsidentin muss sich in eine demokratische Kultur und nicht etwa in Machtspiele einfügen. Die Kandidaturen sollten vorher angekündigt werden, zusammen mit einem Mindestmaß an Programm zu den sensiblen Themen der Union. Und dann erklärt sich der Europäische Rat durch öffentliche Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit. Die Bürger sollten den Vorgang der Wahl mit Fernsehdebatten der Kandidaten verfolgen können, mit Journalisten oder unter sich und eventuell mit Meinungsumfragen, um etwas über den Ruf des einen oder anderen zu erfahren. Dies bedeutet, dass die Ernennung des zukünftigen Präsidenten Überlegungen erfordert und eine Vorgehensweise, die weit im Voraus außerhalb jeglicher Personenfrage einsetzen muss, wenn man möchte, dass Europa die Nähe zu seinen Bürgern wahrt. Und an dieser Stelle möchte ich mich mit einer Bitte, einem Ersuchen an Sie wenden: Lassen Sie uns nicht versagen und lassen Sie uns nicht enttäuschen bei der Ernennung des Präsidenten, des ersten Präsidenten Europas. Wir wissen genau, dass einige Oberhäupter sich zufriedengeben würden mit einer unauffälligen Persönlichkeit, die keine Schatten auf ihre eigenen Aktivitäten auf nationaler Ebene wirft. Aber es wäre ein Rückschritt, schlimmer noch, eine tiefe Wunde, die dem schönen Traum der Vereinigung der Völker Europas zugefügt würde.

Wenn ich vor Ihnen auf diesem Punkt bestanden habe, so weil mir scheint, dass die politischen Kreise Europas sich noch nicht des historischen Gewichts dieser Ernennung bewusst geworden sind. Nun, Sie haben mir, Herr Präsident, als kultivierter Mensch, eine Frage auf Latein gestellt, Sie sagten „Quo vadis, Europa?“. Wohin gehst du, Europa? Und was können Deutsche und Franzosen für Europa tun? Also, mir scheint, dass es da drei oder vier relativ einfache Dinge gibt.

Das erste ist die Realität des vereinten Europas erkennen, eines Europas mit siebenundzwanzig, das es nun gilt weiterhin zu einigen, statt sich weiterhin der Idee oder der Illusion hinzugeben, es in ein Europa mit mehreren Geschwindigkeiten teilen zu können. Sich eines vereinten Europas bewusst werden.

Die zweite Sache ist, das Funktionieren der praktischen Institutionen zu verbessern, im Sinne der neu eröffneten Perspektive des Vertrags von Lissabon. Zurzeit tagt der Europäische Rat dreimal im Jahr. Ihnen, die

nun über die Erfahrung der Verwaltung einer großen Stadt wie Hamburg verfügen, oder denjenigen, die die Erfahrung der Leitung eines großen Betriebs haben, fällt es doch schwer sich vorzustellen, dass die Führungsgremien sich nur dreimal im Jahr treffen. Es müssen regelmäßige Treffen stattfinden, zum Beispiel alle zwei Monate, und bescheidener, das bedeutet richtige Arbeitssitzungen. Man muss diesen Rat mit einem „Büro“ versehen, das die Kontinuität der Arbeit wahrt, kurz gesagt, für das europäische System die Maßstäbe einer guten Unternehmenspolitik, die man heutzutage aus dem öffentlichen Leben und dem Unternehmensalltag kennt, zugrunde legen.

Zugleich muss man einige große Errungenschaften Europas auswählen. Ich sagte vorhin, dass Europa sich nicht um alles kümmern muss, und wenn man alle möglichen Programme und Projekte hinzufügt, vermögen die Bürger schließlich nicht mehr zu folgen.

Also wären das Zeiträume von fünf Jahren, fünf Jahre für das Europaparlament, fünf Jahre für den Präsidenten. Es werden einige große europäische Errungenschaften benötigt. Man muss andere Länder, die sich für ein Einheitssystem entschieden haben, betrachten.

Zuerst benötigt man ein schnelles und ökonomisches europäisches Energietransportnetz. Es wird zurzeit stückweise aufgebaut, also ist es etwas, das im Entstehen ist, aber das systematischer werden sollte. Wir benötigen eine gemeinsame Energiepolitik mit zwei Zielen: so weit wie möglich die Unabhängigkeit der Union im Bereich der Energie absichern, was einige schwierige Entscheidungen voraussetzt, und die Versorgungssicherheit ganz Europas sicherstellen und nicht nur des einen oder anderen seiner Mitglieder.

Man kann auch eine Weltraumpolitik verfolgen, die die Entwicklung von Hochtechnologie nach sich zieht, mit der Unterstützung der Europäischen Weltraumbehörde. Dies ist ein Bereich, wie Sie wissen, der zeitgenössische Technologie nach sich zieht. Wir beteiligen uns am Weltraumwettlauf, zurzeit auf einem ganz guten Niveau, und wir können eine bessere Präsenz Europas sicherstellen.

Man müsste möglicherweise eine europäische Einwanderungs- und Asylcharta verfassen, die gemeinsame Regelungen für die Einreise in die Europäische Union festlegt. Es verhält sich in der Tat so, dass, in dem Moment, wo wir eine Kultur ohne innere Grenzen innerhalb Europas pflegen, wir keine unterschiedlichen Einreiseregelungen für die Länder, die sich an den Außengrenzen der Union befinden, haben können. Diese Regelungen sollten gemeinsame Regeln sein. Sie sollten sich von einer gemeinsam erarbeiteten Charta ableiten, bestimmte Aspekte in Betracht ziehen, bestimmte Werte in Betracht ziehen, aber auch bestimmte Forderungen stellen.

Schließlich müsste man eine sichtbarere Koordinierung der jeweiligen nationalen Politik anstreben, um das Wachstumspotenzial zu steigern. Das Wachstumspotenzial Europas bewegt sich, wie Sie wissen, im Bereich der 2,5 %, das heißt, die man erzielen könnte, wenn die Situation rundum vorteilhaft wäre, das kann man natürlich schlecht mit den chinesischen 10 % oder den indischen 9 % und so weiter vergleichen. Also müssen wir unser Wachstumspotenzial anheben. Dies setzt wahrscheinlich eine Anzahl von Initiativen voraus und man müsste innerhalb der Eurogruppe eine bestimmte Anzahl von Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit abstimmen lassen, damit sie nicht zu lange blockiert werden, insbesondere ein konkurrenzfähiges Steuersystem betreffend.

Und hierzu erlaube ich mir einen kleinen Einwurf, der nicht zu lang sein wird, weil Sie ja wissen, ich überwache das nicht, ich habe keine Uhr vor Augen. Schließlich wissen Sie vielleicht, dass es einen britischen Redner vor einem Publikum wie dem Ihren gab, er sprach etwas

lange und sagte Folgendes – er wandte sich an das Publikum und sagte: „Ich spreche vielleicht etwas lange, aber ich möchte etwas anmerken: Im Grunde stört es mich nicht, dass Sie auf Ihre Uhren sehen, aber es stört mich, dass Sie sie schütteln, um zu überprüfen, ob sie nicht stehen geblieben sind.“ Ich hoffe, das ist gut übersetzt worden. Aha. Die Übersetzung ist erst später gekommen.

Also, die Bemerkung, die ich machen wollte, ist, in der Welt, die kommt, spüren unsere Länder aufgrund ihres hohen Lebensstandards und ihrer entwickelten Gesellschaftsordnungen, wie um sie herum eine Art Flut ansteigt. Eine Flut der Wirtschaftssysteme mit niedrigen Löhnen und geringer sozialer Absicherung. Und auch die Bevölkerung fragt sich, ob sie eines Tages nicht davon überflutet wird.

Dennoch sehe ich eine Antwort und ich sehe, dass sie natürlich danach suchen, nach dieser Antwort: Das ist ... wir müssen uns unserer zahlreichen Trümpfe und Erfolge bewusst werden. Es ist tatsächlich so, dass diese Bedrohungen und dieser Druck existieren, aber auch gleichzeitig diese Trümpfe und diese Erfolge.

In der zivilen Luftfahrt ist es die europäische Gesellschaft, die große Einrichtungen in Hamburg und in Frankreich unterhält, die allein die größte Anzahl an Flugzeugen auf der Welt im Jahr 2007 ausgeliefert hat. Die Produktion von Mobiltelefonen hat sich in einem kleinen Unternehmen in Finnland innerhalb der Europäischen Union entwickelt.

Im Bereich der Trägerraketen nehmen wir den ersten Platz in der Welt ein. Bei hochwertigen Kraftfahrzeugen hält Deutschland zurzeit praktisch das Monopol auf dem Markt. Luxusprodukte auf der Welt werden in europäischen Unternehmen gefertigt.

Hochgeschwindigkeitszüge, hier gibt es natürlich einige Projekte anderswo, insbesondere in Japan, aber dennoch, Hochgeschwindigkeitszüge werden heutzutage in Europa erdacht, beschlossen und erbaut.

Wir haben also eine Aufgabe in der Welt von morgen zu erfüllen. Aber das ist nicht dieselbe, die wir in der Welt von 1930, von 1900 erfüllt haben. Das Problem besteht darin, aus unserer aktuellen Situation in eine günstigere Situation zu gelangen, und das ist, was ich „Neuentfaltung der Generationen“ nennen würde. Das bedeutet, dass man von einem Produktionstyp zu einem anderen Produktionstyp übergehen muss und dass es eine Zeit braucht, wie wir zum Beispiel die großen Veränderungen der ländlichen Wirtschaftsformen des 19. Jahrhunderts zur industriellen Wirtschaft hatten.

Und unser Produktionssystem neu entfalten im Hinblick auf die Branchen und die Produkte, bei denen wir hoffen können, die Leistungsfähigsten zu sein. Ich nenne dies jedoch eine Neuentfaltung der Generationen und ich verstehe sehr gut, dass es die Zeit einer Generation brauchen wird ab der Erziehung und Ausbildung der Arbeiter und Ingenieure bis zu den großen Erfindungen und Innovationen, die folgen werden. Frankreich und Deutschland sollten sich ruhig und lange zu diesen Themen abstimmen, um die Vorreiter dieser Neuentfaltung der Generationen in Europa zu werden, und dies unseren Partnern vorschlagen.

Und schließlich, vergessen wir die Bürger nicht. Was mich bei den kürzlich geführten europäischen Debatten erstaunt hat, ist, dass im Grunde eine gewisse Gleichgültigkeit und Nachlässigkeit gegenüber dem, was die Bürger denken, herrscht. Ich sagte es Ihnen vorhin, es kann zum Beispiel der Vertrag von Lissabon trotz all seiner Vorzüge von keinem Bürger gelesen werden. Man lässt die Symbole der Union verschwinden, die sich nicht mehr im Vertrag befinden. Symbole haben jedoch eine große Kraft. Viele Menschen sind in der Vergangenheit, in der Geschichte von Fahnen, von Hymnen, von Mottos mitgerissen worden. Also muss man an die Bürger denken und besonders an die Jungen

und bei ihnen die Wahrnehmung der europäischen Identität und Brüderlichkeit entwickeln. Seien wir aber ehrlich. Es bleibt noch viel zu tun in dem Bereich, bevor die Bürger sich ihrer europäischen Identität bewusst werden. Ich glaube, dass Russland, Deutschland und Frankreich ein Beispiel geben sollten.

Betrachtet man die Beziehungen der Völker Europas seit fünfzig Jahren, ist die einzige Beziehung, die eine starke und positive Entwicklung erfahren hat, die Beziehung der Deutschen und Franzosen. Wir haben andere Partner, wir haben andere Freunde, wir haben andere Nachbarn. Aber die Einzigen, die ihre Position gegenüber dem anderen verändert haben, sind die Deutschen und die Franzosen. Lassen Sie uns folglich die gleichen Rezepte für die europäische Identität nutzen. Man muss mit der Jugend anfangen und einen intensiven kulturellen Austausch entwickeln. Für alle Sekundarstufenschüler die Wahl des Erlernens von zwei der europäischen Sprachen zur Pflicht machen, das heißt der Sprachen, die in Europa von mehr als 60 Millionen Menschen gesprochen werden. Es sind nur drei: Deutsch, Französisch und Englisch.

Man muss das entwickeln, man hat damit angefangen, man kann das weiter betreiben für jede universitäre Laufbahn, die Verpflichtung, eine Ausbildung oder ein Praktikum von einem Jahr in einem anderen Staat der Union zu absolvieren, und natürlich die entsprechenden Maßnahmen ergreifen, damit die Praktika korrekt vergütet werden. Und man muss den Gebrauch der Symbole der Union beibehalten und weiterentwickeln, die Fahne, die Hymne, die wir diesem unglückseligen Veto verdanken, man wird, so stelle ich mir vor, nicht die Musikgeschichtsbücher verspotten können, das Motto, das von jungen Leuten ausgesucht wurde, einem Panel von Jugendlichen „In Vielfalt vereint“ und im Grunde sind diese Symbole, die die Boten der europäischen Einheit sind, eher vergessen als verbannt worden aus dem Vertrag von Lissabon.

Also, zu all diesen Punkten, und dies ist meine letzte Ausführung, werden Deutschland und Frankreich, die sich als Verbündete sehen, weiterhin ein Beispiel geben. Das bedeutet, dass der Mechanismus der Verständigung, der im Élysée-Vertrag institutionalisiert wurde und den Helmut Schmidt und ich gewissenhaft befolgt haben während der Jahre der Führung unserer Länder, das heißt zwei Sitzungen im Jahr, aber ernsthafte Sitzungen selbstverständlich, man behandelt Themen, man spricht offen, die Treffen von Blaesheim – Blaesheim, das ist ein kleines Dorf im Elsass mit einer Herberge –, wo wir uns zum ersten Mal getroffen haben, Helmut und ich, und die dazu dienten, einen etwas familiären, vertrauteren Rahmen für die Sitzungen zu schaffen, während deren man ohne bürokratischen Druck sprechen konnte, indem man Dinge sagte, die manchmal schwieriger in großen Räumlichkeiten sind. Dies alles muss beibehalten und, wenn nötig, wiederbelebt werden. Diese Einrichtung ist einzigartig in Europa. Es gibt nichts Ähnliches. Wir selbst oder Sie selbst verfügen mit keinem anderen Land über eine ähnliche Einrichtung. Während meines siebenjährigen Mandats als Präsident der Republik hatte ich 26 Treffen unter vier Augen mit Bundeskanzler Helmut Schmidt. Ich habe das, bevor ich hergekommen bin, noch einmal nachgezählt: 26 Treffen unter vier Augen und lange Treffen, um über den Kern der Dinge zu reden.

Und das erklärte Ziel gegenüber den anderen sollte nicht sein, unseren Willen den anderen Europäern aufzudrängen, sondern es sollte sein, jegliche Gegensätze oder Meinungsverschiedenheiten zwischen uns zu vermeiden. Dies erfordert eine Vertiefung unserer Überlegungen, die Abstimmung unserer Sorge und die Suche, so lange, wie sie erforderlich ist, einer für die Gegenseite akzeptablen Position, für Frankreich sowie für Deutschland. Ich denke an das große Politikum der internationalen

Beziehungen, insbesondere gegenüber unseren großen Nachbarn im Osten oder den Vereinigten Staaten von Amerika. Und wenn wir uns einig werden, wenn wir eine gemeinsame Position finden, können wir versuchen unsere europäischen Partner zu überzeugen, anstatt sie zu Schiedsrichtern unserer Meinungsverschiedenheiten werden zu lassen, was eine tödliche Gefahr für die Einheit Europas wäre. Das deutsch-französische Paar muss seine Antriebskraft wahren auf der Grundlage des Erhalts seiner Partnerschaft, um konkrete gemeinschaftliche Projekte voranzutreiben, die allen Europäern zur Diskussion unterbreitet werden.

Abschließend auf die Frage, die mir hier gestellt wurde, antworte ich, dass Franzosen und Deutsche in der Europäischen Union viel zu viel gemeinsame Vergangenheit haben, als dass sie nicht viel Zukunft haben könnten. Und wenn man einen Beitrag zu diesem Europa leisten will, muss man den politischen Willen dazu haben und sich einen Weg bereiten.

Ich danke Ihnen für Ihre lang andauernde Geduld. Vielen Dank!

Die Rede im französischen Original:

Es ist mir ein ganz besonderes Vergnügen, heute Ihr Gast in Hamburg zu sein, einer Stadt, deren Geschichte nicht selten unter französischem Einfluss stand und die schon sehr früh zu den bedeutendsten Metropolen in Europa und der Welt zählte.

Ich kenne Hamburg ein wenig, denn ich bin als Präsident der Französischen Republik damals drei Mal und auch dann danach noch mehrmals hier gewesen. Ich komme jedes Mal gerne in den hohen Norden, nicht zuletzt, weil ich mit Hamburg schöne Erinnerungen verbinde. Es ist mir eine besonders große Freude, sehr geehrter Präsident und Mitglieder des „fameux“ Übersee-Clubs, dass Ihre Einladung mir heute die Gelegenheit gibt, hier in Hamburg vor meinem Partner und Freund Bundeskanzler Helmut Schmidt über die tragende Rolle des deutsch-französischen Paares für die Zukunft Europas zu referieren.

Monsieur le Président, je vais faire le contraire de vous. Vous êtes passé du français à l'allemand et je vais passer de l'allemand au français. Je vous invite à utiliser les appareils de traduc.

Je voudrais commencer par remercier la ville de Hambourg, vous Madame, que votre invitation me donne l'occasion de souligner ici et devant mon partenaire et ami le Chancelier Helmut Schmidt l'importance décisive, ne vous y trompez pas, l'importance décisive de l'intimité franco-allemande pour l'avenir de l'Europe.

Je commencerai par remercier Hambourg de nous avoir donné en la personne de Helmut Schmidt, un des meilleurs chanceliers de l'histoire de l'Allemagne – la grande histoire de l'Allemagne. Helmut a été également un artisan déterminé de l'entente franco-allemande et de son utilité pour faire progresser l'indispensable union de l'Europe. Son nom s'inscrit au centre des trois couples qui ont contribué à sceller l'intimité franco-allemande: de Gaulle et Ade-nauer au début, Mitterrand et Kohl plus récemment et au milieu, Helmut Schmidt avec comme interlocuteur, permettez-moi de vous le dire, moi-même.

Rien ne prédestinait pourtant Helmut Schmidt à être un bâtisseur de l'entente franco-allemande. Né et élevé dans le nord de l'Allemagne, il ne parle pas français, à l'exception de quelques expressions empruntées au vocabulaire de Montmartre, qui d'ailleurs peuvent être utiles. Il a peu

visité notre pays, sauf, je crois, un bref passage dans la France occupée. Mais sa réflexion et son expérience l'ont conduit à penser que l'entente étroite entre nos deux pays était une condition non seulement du progrès, mais même de la survie de l'Europe.

Pendant les sept années où nous avons eu l'occasion de travailler ensemble, pas une fois, je dis bien, pas une seule fois, on a entendu un désaccord ou même une dissonance entre les positions allemandes et françaises. Et pourtant, l'époque n'était pas facile: la guerre froide, avec le risque de destruction mutuelle, la division de l'Allemagne, l'occupation de l'Europe de l'Est, l'invasion de l'Afghanistan par l'armée soviétique, la déstabilisation politique de la Pologne. Et notre bonne entente a permis de faire progresser l'union de l'Europe, comme vous l'avez rappelé, Monsieur le Président, et comme vous l'avez rappelé, Madame l'Adjointe au Maire.

Création du Conseil européen dès 1974 – à l'initiative franco-allemande – accord sur le système monétaire européen, accord futuriste en 1978, près d'ici d'ailleurs à Brême, nous sommes habitués maintenant à tout cela, première élection au suffrage universel du Parlement européen en 1979 et toutes ces initiatives ont résulté soit de propositions franco-allemandes, soit de notre apport en commun aux propositions de nos partenaires. Ceci d'ailleurs nous conduit à regretter que certaines initiatives soient parfois annoncées, actuellement, sans avoir fait l'objet d'une consultation préalable suffisante entre la France et l'Allemagne. Et je suis heureux d'apporter mon témoignage au moment où certains mettent en doute d'un côté ou de l'autre du Rhin, la solidité et l'utilité du couple franco-allemand. Pour renforcer cette affirmation, je vais vous la dire en allemand: Ich freue mich, Ihnen meine Gedanken heute darzulegen, in einer Zeit, in der hier und da auf beiden Seiten des Rheins die Uner-schütterlichkeit und der Nutzen des deutsch-französischen Paars manchmal infrage gestellt werden.

Cela me conduit au cœur de mon sujet, le sujet qui m'a été proposé par votre club: le couple franco-allemand et l'avenir de l'Europe. Que peut-on dire? On peut dire que l'Europe a beaucoup avancé, mais que le monde change plus vite encore et que l'association de l'Allemagne et de la France est indispensable, si l'on veut que l'Europe puisse conserver un rôle et défendre ses valeurs.

On se plaint souvent de la lenteur avec laquelle se construit l'Europe. C'est vrai et c'est inexact à la fois. L'unification d'un continent qu'on pourrait appeler „continent building“ est une ère historique de longue haleine, sauf si on l'impose par les armes. Le projet a été lancé il y a maintenant 58 ans. En un demi siècle, nous avons, nous les Européens, beaucoup réalisé et je rappelle les principales avancées: l'élimination de la guerre en Europe comme instrument de règlement des conflits et c'est nous autres Français et Allemands qui avons tous à gagner de ce grand résultat. Le marché commun, à dimensions continentales, la création du Conseil européen – structure du gouvernement politique de l'Europe, du gouvernement encore naissant bien entendu, l'élection démocratique du Parlement européen. Ce Parlement européen au début, c'était une assemblée consultative dans le Traité de Rome et puis elle a grandi, on lui a donné des pouvoirs et maintenant elle est élue au suffrage universel et elle a pour l'instant, comme vous le savez, un excellent président allemand.

L'adoption d'une monnaie commune, l'euro, qui a été un grand sacrifice pour votre pays, car vous étiez, on le comprend, attachés à votre monnaie nationale, le Deutsche Mark, qui était symbolique de la reconstruction de l'Allemagne d'après-guerre. Donc, c'était un grand sacrifice et il a fallu toute l'autorité et la persuasion des dirigeants politiques

allemands et en particulier de Helmut Schmidt pour faire accepter la création de cette monnaie commune. On disait: „Ça n'aura pas lieu ou si ça a lieu, ça échouera.“ Dans les années 2000 et aujourd’hui, l’euro est devenu, comme vous le savez, la 2e monnaie mondiale et le problème qu’elle nous pose, n’est pas celui de sa faiblesse, mais de sa force. Dans certains milieux souverainistes, il est à la mode de critiquer l’euro. Mais il est évident que la secousse financière actuelle, profonde secousse financière, aurait déstabilisé le réseau des monnaies européennes, aurait entraîné une vague de dévaluation compétitive, si nous n’avions pas été protégés par l’euro. Nous avons également accueilli au sein de l’Union 12 pays situés au centre et à l’est de l’Europe et maintenus jusqu’en 1990 sous le ban de fer soviétique.

Enfin, vous l’avez rappelé, Madame, que l’Europe est en train de se doter d’institutions plus performantes et plus démocratiques en adoptant le Traité de Lisbonne. Alors, ce Traité de Lisbonne, je fais d’abord une remarque personnelle peu de gens l’ont lu – et si je vous demandais à vous, grands citoyens de Hambourg, membres d’un club de réflexion, de lever la main, si vous l’avez lu, je ne verrai pas beaucoup de mains se lever dans cette salle. Ce Traité de Lisbonne, c’est une simple réécriture par des juristes, comme vous l’avez déjà dit, du travail accompli par la Convention européenne qui elle était une structure politique et démocratique. Si la qualité du texte ne lui permet pas d’espérer le Prix Nobel de Littérature, il a du moins l’avantage de conserver au mot près toutes les avancées institutionnelles du Traité constitutionnel. C’est d’ailleurs très connu, on est obligé de les chercher, on feuillette le traité et quand on les retrouve, ce sont les mêmes. Puisque nous sommes à la saison du carnaval, on peut dire que c’est le Traité constitutionnel, revêtu d’un habit de carnaval. Le mérite d’avoir trouvé un accord, parce qu’on a fini par trouver un accord, revient à la présidence allemande de l’Union – et en particulier, à la Chancelière Angela Merkel qui a réussi à imposer dans le mandat adressé à la Conférence intergouvernementale, le respect intégral des propositions institutionnelles contenues dans notre projet de traité. Et je voudrais qu’elle en soit publiquement remerciée.

Ces résultats que je viens de mentionner, pourraient susciter l’enthousiasme des peuples et pourtant l’opinion européenne reste morose. Cela tient, me semble-t-il, à deux faits. D’abord l’inefficacité relative des Institutions européennes qui ne lui permettent pas d’apporter des contributions jugées suffisantes aux grands problèmes du moment: crise de l’énergie, insuffisance du taux de croissance, maintien d’un chômage élevé, un retard technologique. Et surtout l’opinion a le sentiment que nous prenons du retard, car les autres dans le monde avancent désormais plus vite que nous. C’est un point évidemment central et préoccupant. Les changements dans le monde contemporain sont extraordinairement rapides et nous imposent de sévères contraintes. La croissance de l’économie chinoise en 2007 a, comme vous le savez, dépassée 10 %, ce qui représente une avance d’environ 8 % par rapport à l’économie de l’Union européenne. Une entreprise allemande ou française qui fabrique le même produit, et le cas se présente assez souvent, j’ai pu en parler avec les responsables, qui fabrique le même produit en Chine et en Europe constate que le coût horaire du travail, toute charge fiscale et sociale comprise, représente un demi euro en Chine et 25 euros dans nos pays, soit 50 fois plus. L’exemple de l’Inde nous démontre que les technologies les plus avancées, surtout dans l’informatique, deviennent de plus en plus compétitives dans les pays émergeants. C’est une nouvelle donnée. Ces changements du monde exercent une forte pression sur les structures salariales et sociales de nos entreprises et ils font peser la menace de délocalisation et parfois même de fermeture.

L'Europe est donc dans l'obligation d'avancer. Pour avancer, l'Union européenne a besoin d'une forte impulsion. Cette impulsion doit lui être donnée en commun par l'Allemagne et par la France. Certes, nous n'en sommes plus à l'époque de l'Europe à 6 ou à 9, Europe très sympathique d'ailleurs – nous nous connaissons bien les uns les autres et où nos 2 pays pouvaient pratiquement dicter leur volonté aux partenaires. Mais dans l'Europe à vingt sept membres, tout grand projet a besoin, pour aboutir à soutien actif, de la France et de l'Allemagne. Cela tient des données objectives et non pas à une préférence ou au désir de vous plaire.

Quelles sont ces données objectives? Géographiques d'abord: en regardant une carte de l'Europe, on voit que nos deux pays en occupent largement le centre et sont complémentaires. L'un tourné vers la mer du Nord et la Baltique, l'autre vers l'océan Atlantique et la Méditerranée. Ce sont deux puissances industrielles. Dans une Europe qui se désindustrialise, l'Allemagne et la France sont deux pays qui conservent une forte structure industrielle avec d'ailleurs une prééminence pour l'Allemagne. Également démographiques: nos deux pays représentent 29,4 % de la population de l'Europe à vingt sept, ce qui corrige la proportion un peu simpliste de deux pays sur vingt sept. Également l'importance économique car notre PIB commun atteint 40% du PIB de l'Union. Et enfin, des données politiques: vous savez que dans le nouveau traité qui a repris sur ce point mot à mot les dispositions du Traité constitutionnel, toute décision en Europe exigera d'être approuvée par les états membres représentants plus de 65 % de la population de l'Union.

Donc, avec nos 30 %, avec 1 ou 2 alliés, petits ou moyens, les Allemands et les Français pourraient s'opposer démocratiquement à une mesure qui leur semblerait négative pour l'Europe. Et cette force commune doit être mise au service de l'Union de l'Europe.

On mesure alors l'extraordinaire parcours des relations entre nos deux pays depuis 63 ans. Et c'est très curieux, comme la mémoire collective oublie assez facilement l'existence de ces quatre étapes. Jusqu'en 1945, entre nous, l'état de guerre que Helmut Schmidt et moi-même avons connu. Dès les années 60, la réconciliation sous l'impulsion décisive et d'ailleurs généreuse du Général de Gaulle et du Chancelier Adenauer. Puis une troisième étape a été celle dans les années 70 et 80 du partenariat actif de la France et de l'Allemagne parfois un peu irritante pour nos partenaires, mais qui a permis à l'Europe de progresser et se construire. Et nous vivons aujourd'hui, après le grand élargissement, une quatrième étape: c'est celle où nous devrions nous sentir associés, associés dans nos destinées, comme ont dit parfois dans les cérémonies de mariage, je ne sais pas si c'est le cas en Allemagne, mais c'est le cas en France „pour le meilleur et pour le pire“. Quel objectif devrions-nous nous fixer en commun? L'Allemagne et la France vis-à-vis de l'Europe? C'est, je crois, de bien faire fonctionner les nouvelles Institutions de l'Europe, pour faciliter son adaptation au nouvel état du monde. Elle est passée d'un besoin de paix en 1945 à un besoin de dimensions en 2008. Elle doit se donner la dimension et l'influence nécessaires pour défendre et faire rayonner ses valeurs dans le monde.

Alors, l'Union européenne va être dotée de nouvelles institutions, quand les ratifications seront terminées et s'il y en manque une ou deux très franchement, ça ne sera pas un problème, parce que l'Europe maintenant a une sorte de respiration démocratique. Il y aura quand-même 90 % de la population et 95 % des états qui auront ratifié, donc ça veut dire qu'on aura une base institutionnelle forte et que ce seront les états qui ne ratifieraient pas qui se mettraient en situation d'exception.

Donc, elle va avoir de nouvelles Institutions plus modernes, mais il faudra s'habituer à les faire fonctionner et dans le texte, il n'y a pas encore le mode d'emploi. L'Allemagne est bien préparée à le faire parce qu'elle a une bonne expérience de la pratique fédérale. Et au fond, c'est la même pratique qu'il va falloir retrouver en Europe. Il faudra veiller à ce que l'Europe cesse de se mêler de tout et qu'elle se concentre sur ses vraies compétences. Elle a quelques compétences exclusives, pas très nombreuses d'ailleurs, importantes: la politique monétaire, la politique de concurrence, la politique du commerce extérieur, la protection des ressources de la mer, mais elle n'a pas toutes les compétences. Les états gardent les autres compétences.

Et de même qu'en Allemagne vous avez l'expérience des rapports un peu difficiles parfois entre le gouvernement fédéral et les gouvernements des Länder pour l'exercice des compétences, il va falloir avoir la même pratique en Europe. Le contrôle du respect du principe de subsidiarité, confié désormais aux parlements nationaux, donc ici au Bundestag et au Bundesrat, permettra d'y parvenir. Parce que si l'on veut que les citoyens et les citoyennes se sentent plus confortables dans l'Europe politique du futur, ils doivent savoir à qui exprimer leurs préoccupations, à qui adresser leurs demandes, à l'Union européenne ou bien à leurs états membres. Et cette distinction est aujourd'hui brouillée. Les néo-nationalistes, c'est-à-dire les nationalistes souverainistes y répondent par un sophisme. Ils disent: „Ce qui marche bien est de la compétence des états, ce qui marche mal est de la compétence de l'Europe.“ Non! L'Europe a certaines compétences exclusives, elle a la responsabilité de les exercer pour le bien de l'Europe, les états conservent les autres compétences, c'est à eux de les exercer, en bien ou en mal, pour la satisfaction de leur population.

Désormais, un nombre plus grand de décisions sera pris à la majorité qualifiée. Jusqu'à présent, vous le savez, surtout dans votre club, vous savez que beaucoup de décisions doivent être prises à l'unanimité. Or, prendre des décisions à l'unanimité à vingt sept, cela veut dire qu'il suffit qu'un pays ou deux pour une raison ou pour une autre dise „non“ et qu'on ne puisse pas prendre de décision. Donc, on l'a fait passer tous les cinq ans dans le domaine de la décision de la majorité qualifiée. Ce qui veut dire que nous devrons nous défaire de la culture du véto et accepter les décisions démocratiques dès lors qu'elles sont celles de la majorité des Européens. Une de ces décisions concernera la désignation du nouveau président ou présidente stable du Conseil européen, nommé par le Conseil à la majorité qualifiée. Jusqu'ici le véto avait empêché par exemple la désignation de M. Dehaene, l'ancien Premier ministre belge, ou de M. Verhofstadt la dernière fois, à la présidence de la Commission européenne, mais ce véto ne pourra plus s'appliquer. La désignation de ce nouveau président sera la décision la plus importante pour la mise en route des nouvelles Institutions.

Regardez, comme vous suivez vous-même très certainement à la fois dans les journaux, à la radio, la télévision la campagne présidentielle américaine. Eh bien, dites-vous que la désignation du président ou de la présidente de l'Europe sera observée dans le monde pour savoir, si l'Europe est capable de se doter d'un président efficace ou si elle se résigne à se doter d'une présidence faible. L'Europe doit rechercher et inventer son Georges Washington, le premier Président des États-Unis qui de ce fait était entré dans l'histoire mondiale et dont on a dit quand il exerçait sa présidence qu'il avait rendu inévitable ce qui était auparavant improbable. Cette recherche du futur président ou de la future présidente doit s'inscrire dans une culture démocratique et non pas dans des manœuvres de pouvoir. Les candidatures devraient être annoncées à l'a-

vance et s'accompagner d'un minimum de programme sur les sujets sensibles de l'Union. Et puis le Conseil européen se prononcera par un vote public à la majorité qualifiée. Les citoyens devraient pouvoir suivre le processus de sélection par des débats télévisés des candidats, avec les journalistes ou entre eux, et éventuellement par des sondages d'opinion, pour savoir quelle est la notoriété des uns et des autres. Cela signifie que la désignation du futur président exige une réflexion et une procédure qui devraient être engagées suffisamment à l'avance en dehors de toute question de personne, si l'on veut que l'Europe reste proche de ses citoyens. Et là, je voudrais vous adresser une prière, une demande: n'échouons pas et ne décevons pas dans la désignation du président, du premier président dans l'histoire de l'Europe. Nous savons bien que beaucoup de dirigeants se satisferaient d'une personnalité effacée, ne faisant pas d'ombre à leurs propres activités sur le plan national. Mais ce serait un recul, pire, une blessure grave infligée au beau rêve d'union des peuples d'Europe.

Si j'ai insisté devant vous sur ce point, c'est qu'il me semble que le milieu politique européen n'a pas encore pris conscience de l'importance historique de cette désignation. Alors, vous m'avez posé, Monsieur le Président, une question en latin, homme de culture, vous avez dit „Quo vadis, Europa?“. Où vas-tu Europe? Et qu'est-ce que les Allemands et les Français peuvent faire pour elle? Alors, il me semble qu'il y a trois ou quatre choses relativement simples.

La première, c'est reconnaître la réalité de l'Europe unie, de l'Europe à vingt sept qu'il faut maintenant continuer d'unifier, au lieu de garder l'idée ou l'illusion de la diviser dans une Europe à plusieurs vitesses. Prendre conscience de l'Europe unie.

La deuxième chose, c'est d'améliorer le fonctionnement de ces Institutions pratiques dans la perspective ouverte par le Traité de Lisbonne. Actuellement, le Conseil Européen se réunit trois fois par an. Alors vous qui avez l'expérience de la gestion d'une grande ville comme Hambourg, et ceux qui ont l'expérience de la gestion d'une entreprise, on n'imagine pas que les instances dirigeantes ne se réunissent que trois fois par an. Il faut des rencontres plus régulières, par exemple tous les deux mois et plus modestes, c'est-à-dire de véritables séances de travail. Il faut doter ce Conseil d'un „bureau“, assurant la continuité des travaux, bref, mettre dans le système européen les règles de bonne gouvernance que l'on connaît actuellement dans la vie publique et dans la vie des entreprises. Il faut en même temps sélectionner quelques grandes „réalisations européennes“. J'avais dit tout à l'heure, l'Europe ne doit pas se mêler de tout et quand on ajoute toute sorte de programmes et de projets, finalement les citoyens n'arrivent pas à suivre.

Donc, ce seront des périodes de cinq ans, cinq ans pour le Parlement Européen, cinq ans pour le Président. Il faut quelques grandes réalisations européennes. Il faut voir ce qu'ont fait les pays qui se sont dotés ainsi d'un système d'unité. D'abord on a besoin d'un réseau de transport européen rapide et économe d'énergie. On le construit actuellement par morceaux, donc c'est quelque chose qui est en cours, mais qui peut devenir plus systématique.

Nous avons besoin d'une politique commune de l'énergie visant deux objectifs: assurer autant que possible l'indépendance énergétique de l'Union, ce qui suppose certains choix difficiles, et rechercher la sécurité des approvisionnements pour l'ensemble de l'Europe et non pas pour tel ou tel de ses états membres.

On peut aussi poursuivre une politique spatiale créatrice de haute technologie, sous l'impulsion de l'Agence spatiale européenne. C'est un domaine qui entraîne, comme vous savez tous, beaucoup de technologie

contemporaine. Nous sommes dans la course spatiale, avec un assez bon niveau, à l'heure actuelle, et nous pouvons assurer une meilleure présence de l'Europe.

Et il faudrait établir probablement une charte européenne de l'immigration et de l'asile, établissant les règles communes à respecter pour l'accès à l'Union européenne. En effet, à partir du moment, où nous avons la culture d'une Europe sans frontières intérieures, nous ne pouvons pas avoir des règles d'entrée différentes pour les pays qui sont situés sur la frontière externe de l'Union. Ces règles doivent être communes. Elles doivent dériver d'une charte élaborée en commun, tenant compte d'un certain nombre d'aspects, tenant compte d'un certain nombre de valeurs, mais aussi d'un certain nombre d'exigences. Enfin, on devrait rechercher une coordination plus visible des politiques nationales en vue d'accroître le potentiel de croissance. Le potentiel de croissance de l'Europe, comme vous savez, se situe à l'heure actuelle dans la zone des 2,5 %, c'est à dire qu'on pourrait l'obtenir, si la situation était tout à fait favorable, alors, ça se compare mal au 10 % chinois ou 9 % indiens et ainsi de suite. Donc il faut relever notre potentiel de croissance. Cela suppose probablement un certain nombre d'initiatives et il faudrait au sein de l'euro-groupe faire passer un certain nombre de décisions à la majorité qualifiée, pour qu'elles ne restent pas bloquées trop longtemps, notamment sur les questions de fiscalité concurrentielle.

Et sur ce point, je voudrais me permettre une petite réflexion qui ne sera pas trop longue, parce que vous savez, je ne surveille pas, je n'ai pas de pendule sous les yeux. Mais enfin, vous savez qu'il y a un orateur britannique devant un public comme le vôtre, il parlait un peu longtemps et il avait dit ceci – il s'est adressé au public et a dit: „Je suis peut être un peu long, mais j'aimerais dire quelque chose: au fond, cela ne me gêne pas que vous regardiez vor montres, mais cela me gêne que vous les secouiez pour vérifier qu'elles ne se sont pas arrêtées.“ J'espère que c'est bien traduit. Voilà. La traduction est venue après. Alors, la remarque que je voulais faire, c'est que dans le monde qui vient, nos pays, en raison de leur niveau de vie élevé et de leurs régimes sociaux avancés, sentent monter autour d'eux une sorte de marée. La marée des économies à bas salaires et à faible protection sociale. Et il se demande dans la population également, si un jour ils ne seront pas submergés.

Or, je vois qu'il existe une réponse et que vous naturellement la cherchez, cette réponse: c'est que nous devons prendre conscience de nos nombreux atouts et nos succès. Il est vrai qu'il y a ces menaces et cette pression, mais en même temps, il y a des atouts et des succès.

En aviation civile, c'est la société européenne qui a de grands établissements à Hambourg et en France qui elle seule a délivrée le plus d'avions dans le monde en 2007. La production de téléphones mobiles s'est développée à partir d'une petite entreprise située en Finlande au sein de l'Union européenne. En matière de lanceurs spatiaux, nous sommes tout à fait au premier rang dans le monde. Pour l'automobile haut de gamme, l'Allemagne a pratiquement à l'heure actuelle, un monopole sur le marché. Les produits de luxe dans le monde viennent des entreprises européennes.

Les trains à grande vitesse, jusqu'ici, là naturellement quelques projets ailleurs, notamment au Japon, mais enfin les trains à grande vitesse sont actuellement imaginés, décidés et construits en Europe.

Nous avons donc une place à occuper dans le monde de demain. Mais ça n'est pas la même que celle que nous occupions dans le monde en 1930, en 1900. Le problème est de passer de notre situation actuelle à une situation plus favorable et c'est ce que j'appellerais le redéploiement générationnel. C'est-à-dire qu'il faut passer d'un type de production à un

autre type de production et que ça prend un certain temps, comme nous avons eu par exemple la grande transformation des économies rurales du XIXe siècle en économies industrielles.

Et de nouveau redéployer notre système productif en direction des secteurs et des produits où nous pouvons espérer être les plus performants. Or, j'appelle cela un redéploiement générationnel et je veux bien comprendre qu'il y faudra le temps d'une génération depuis l'éducation et la formation des travailleurs et des ingénieurs jusqu'aux grandes découvertes et des innovations qui suivront. Et la France et l'Allemagne sur ces sujets pourraient se concerter calmement et longuement pour devenir les leaders de ce redéploiement générationnel en Europe et le proposer à nos partenaires.

Enfin, n'oublions pas les citoyens. Ce qui m'a frappé dans les débats européens encore récents, c'est au fond une espèce d'indifférence et de négligence vis-à-vis de ce que peuvent penser les citoyens. Je vous l'ai dit tout à l'heure, par exemple le Traité de Lisbonne, avec tous ces mérites, ne peut pas être lu par un citoyen. On y fait disparaître les symboles de l'Union qui ne sont plus dans le Traité. Or les symboles, c'est très fort. Beaucoup de gens ont été entraînés dans le passé, dans l'histoire par les drapeaux, par les hymnes, par les devises. Donc, il faut penser aux citoyens et surtout aux jeunes et développer chez eux la perception de l'identité et de la fraternité européennes. Or, soyons francs. Il reste encore beaucoup à faire dans ce domaine, avant que les citoyens se reconnaissent une véritable identité européenne. Je crois que la Russie, l'Allemagne et la France peuvent donner l'exemple.

Quand on regarde les relations entre les peuples d'Europe depuis cinquante ans, la seule qui ait connu une évolution forte et positive, c'est la relation entre les Allemands et les Français. Nous avons d'autres partenaires, nous avons d'autres amis, nous avons d'autres voisins. Mais, les seuls qui aient changé d'attitude les uns vis-à-vis des autres, ce sont les Allemands et les Français. Eh bien, utilisons les mêmes recettes pour l'identité européenne. Il faut commencer par la jeunesse et développer une intense communication culturelle. Rendre obligatoire pour tous les élèves de l'enseignement secondaire le choix d'apprendre deux des langues d'expression européenne, c'est-à-dire les langues qui sont parlées en Europe par plus de 60 millions de personnes. Il n'y en a que trois: l'allemand, le français et l'anglais.

Il faut développer, on a commencé à le faire, on peut aller plus loin: pour tout parcours universitaire, l'obligation d'effectuer une formation ou un stage d'un an dans un autre état de l'union et prendre les dispositions, naturellement, nécessaires pour que ces stages soient correctement rétribués. Et puis il faut maintenir et développer l'usage des symboles de l'Union, le drapeau, l'hymne que nous devons à ce malheureux véto, on ne pourra pas rayer, j'imagine, des livres d'histoire de la musique la devise qui avait été choisie par des jeunes, un panel de jeunes „unis dans la diversité“ et au fond, ces symboles qui sont porteurs de l'unité européenne, ils ont été oubliés plutôt qu'effacés dans le Traité de Lisbonne.

Alors, sur tous ces points, et c'est mon dernier développement, l'Allemagne et la France se considérant comme associés, devront continuer à donner l'exemple. C'est-à-dire que le mécanisme de la concertation qui a été institutionnalisé par le Traité de l'Elysée que nous avons respecté scrupuleusement, Helmut Schmidt et moi pendant toutes les années de notre direction de nos pays, c'est-à-dire deux réunions par an, mais des réunions sérieuses, bien sûr, on traite des sujets, on se parle franchement, les rencontres de Blaesheim – Blaesheim, c'est un petit village d'Alsace avec une auberge – où nous nous sommes rencontrés pour la première fois, Helmut et moi, et qui avaient pour objet de faire qu'il y

ait une réunion un peu familière, un peu intime, dans laquelle on parle sans la pression bureaucratique et en disant des choses qu'il est parfois plus difficile de se dire dans de grandes enceintes. Tout ceci doit être maintenu et, si nécessaire, revitalisé. Ce dispositif est unique en Europe. Il n'en est pas d'autres. Nous-mêmes ou vous-mêmes, vous n'avez avec aucun autre pays un dispositif de ce type. Pendant les sept ans de mon mandat de Président de la République, j'ai eu 26 rencontres en tête-à-tête avec le Chancelier Helmut Schmidt. J'en ai refait le compte à un moment donné avant de venir vous voir: 26 rencontres en tête-à-tête et de longues rencontres pour parler du fond des choses.

Et l'objectif affiché vis-à-vis des autres ne doit pas être d'imposer notre volonté aux autres Européens, mais ça doit être d'éviter toute opposition ou toute divergence entre nous. Cela exige un approfondissement de notre réflexion, une mise en commun de nos préoccupations et la recherche aussi longue qu'elle sera nécessaire d'une position mutuellement acceptable pour la France et pour l'Allemagne. Je pense aux grands enjeux des relations internationales, notamment vis-à-vis de nos grands voisins de l'Est ou des États-Unis d'Amérique. Et si nous nous mettons d'accord, si nous trouvons cette position commune, nous pourrons alors essayer de la faire partager par nos partenaires européens au lieu d'en faire les arbitres de nos désaccords, ce qui serait un péril mortel pour l'unité de l'Europe. Le couple franco-allemand doit conserver sa force d'impulsion à partir de sa capacité à maintenir son partenariat pour avancer des projets concrets et fédérateurs qui seront proposés à la discussion de tous les Européens.

En conclusion à la question qui m'est posée ici, je répondrai que Français et Allemands dans l'Union européenne ont beaucoup trop de passé commun pour ne pas avoir beaucoup d'avenir. Et que si l'on veut bâtir, apporter notre contribution à cette Europe, il faut en avoir la volonté politique et il faut s'en donner les moyens.

Je vous remercie de votre longue patience.

Vielen Dank!



Helmut Schmidt

Der Präsident unseres ehrwürdigen Übersee-Clubs hat mich gebeten, Ihnen, lieber Valéry, für diese große Rede zu danken. Ich tue dies mit sehr persönlicher Freude. Ich denke, erst wenn wir sie sorgfältig lesen, wird diese Rede ihre volle Wirkung entfalten.

Der heutige Abend erinnert mich an jene mir unvergesslichen Tage im September 1962, als der Staatspräsident Charles de Gaulle uns Hamburgern die Ehre seines Besuches gab. De Gaulle hielt damals drei große Reden – im Rathaus, vor der Führungsakademie und vor der Handelskammer. Alle drei Reden dienten dem gleichen Zweck, nämlich einer engen europäischen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland. Die heutige Rede meines Freundes Giscard d'Estaing verstehe ich unter diesem gleichen Leitmotiv.

„Franzosen und Deutsche in der EU“, dieser Titel Giscards benennt in meinem Verständnis weniger ein Problem als vielmehr eine immer noch dringend notwendige gemeinsame Aufgabe. Genauer gesagt: einen ganzen Komplex von schwierigen Aufgaben. Allerdings erscheint mir

leider die Frage im Untertitel allzu sehr gerechtfertigt: „Quo vadis, Europa?“ Wohin gehst du, Europa? Denn in der Tat: Heute, im Jahre 2008, ist viel weniger deutlich erkennbar, wohin Europa sich entwickelt, als noch im Jahre 1992 zur Zeit der Maastrichter Konferenz. Damals in Maastricht waren wir zwölf Nationen. Wir hatten Erfahrungen mit schrittweiser Integration aus vier vollen Jahrzehnten zur Verfügung. Unsere Regierungen wussten, wie man das macht.

Sie waren sich einig darüber, dass sie auch nach der Selbstauflösung der Sowjetunion jedenfalls die europäische Integration fortsetzen wollten. Und sie hatten sogar genug Einsicht, Willen und Kraft, endgültig die gemeinsame Währung ins Werk zu setzen.

Man wollte ein einiges Europa, ohne das Identität stiftende Prinzip des Nationalstaats zu gefährden. Weder ein Franzose noch ein Deutscher, keiner der in Maastricht versammelten Staatsmänner hätte das De Gaulle zugeschriebene Wort vom „Europa der Vaterländer“ aufgeben wollen. Wohl aber sollte Europa gemeinsam seine Interessen vertreten.

Stattdessen haben wir dann aber in den nächsten anderthalb Jahrzehnten ein Europa bekommen, das weder über den Krieg im Irak noch über den Nahen Osten, weder über Iran noch über den Mittleren Osten einig ist – nicht einmal über das Kosovo, zehn Jahre nach Beginn unserer militärischen Intervention. Ein Europa, das sich stattdessen aber mit der Vereinheitlichung von Drahtseilbahnen, mit warnenden einheitlichen Aufschriften auf Zigarettenpackungen und mit ähnlichen bürokratischen Fisimatenten beschäftigt. Wir erleben ein Maximum an kleiner Regulierungsmanie, jedoch ein Vakuum der Entscheidungskraft.

Der allzu plötzlichen Erweiterung von 12 auf heute 27, demnächst auf 29 oder noch mehr Mitgliedsstaaten hätte eine klare Aufteilung der Kompetenzen und eine praktikable Anpassung der Verfahrensregeln vorangehen müssen: für das Europäische Parlament, für den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, für die Ministerräte und für die auf zweieinhalb Fußballmannschaften aufgeblähte Brüsseler Kommission. Unter diesem kardinalen Versäumnis ist es dazu gekommen, dass heute in jeder auch nur halbwegs wichtigen Frage jede einzelne der 27 Regierungen ein Veto-Recht hat – und es auch benutzt. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben vergleichsweise lediglich fünf Regierungen ein Recht zum Veto! Wir haben seit Maastricht keine weitsichtigen Außenminister erlebt. Wenn nicht Valéry Giscard an der Spitze des Europäischen Konvents den Außenministern die dringend notwendige Vorbereitung abgenommen hätte, so hätten sie auch den Vertragsentwurf von Lissabon nicht zustande gebracht.

Im gleichen Zeitraum hat sich anstelle der zweigeteilten Welt des Kalten Krieges eine multipolare Konstellation der Weltpolitik herausgebildet. Heute müssen nicht nur die 27 Außenminister, sondern alle führenden Politiker in Europa sollten erkennen: Wir haben es nicht nur mit einem sich wandelnden Partner Amerika zu tun, nicht nur mit einem sich wandelnden Russland, sondern auch mit den beiden aufsteigenden ökonomischen und politischen Weltmächten China und Indien. Möglicherweise sehen wir uns in Zukunft einer islamischen Allianz gegenüber.

Zugleich aber gibt es nicht mehr bloß fünf, sondern acht Atomwaffen-Staaten, möglicherweise demnächst sogar zehn Atommächte. Wir erleben, dass die Prinzipien der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung von der internationalen Agenda verschwunden sind. Wir hören scharfmacherische Reden von amerikanischer und neuerdings auch von russischer Seite, ohne dass wir darauf reagieren – als ob sie uns nichts angehen. Wir sehen untätig zu, wie die militärische Struktur der Nato bis unmittelbar an die russischen Grenzen und bis nach Zentralasien ausgeweitet wird.

Zugleich haben unsere Volkswirtschaften sich in einem hohen Maße an die Funktionstüchtigkeit der Weltmärkte ausgeliefert; dabei sollten wir aber der Möglichkeit einer weltweiten Krise der globalisierten Finanzmärkte ins Auge sehen und uns gemeinsam dafür wappnen! Wir erleben zugleich, dass die USA, China und Indien sich nicht zur Begrenzung des Ausstoßes von Kohlendioxyd etc. verpflichten wollen. Auf allen diesen Feldern erscheint eine Selbstbehauptung selbst der größten europäischen Nationalstaaten nur noch dann möglich, wenn sie sich handlungsfähig zusammenschließen. Wenn sie die EU handlungsfähig machen.

In dieser Lage gibt es für uns Europäer allerdings auch zwei positive Gewissheiten. Nämlich:

1. Der gemeinsame europäische Markt wird jedenfalls Bestand haben. Denn keine Regierung könnte ihr Land wieder herauslösen, ohne schwerste ökonomische und soziale und politische Selbstbeschädigungen in Kauf zu nehmen.
2. Aus gleichem Grunde wird die gemeinsame Euro-Währung Bestand haben. Denn wer seine kleingewichtige nationale Währung wiederherstellen wollte, der würde seine Franc, Lira, Guilder oder DM zugleich den Spekulanten in der Wall Street, in der City of London oder in der Karibik ausliefern. Dass der Euro inzwischen die zweitwichtigste Währung der Welt geworden ist, nach innen und nach außen stabiler als jemals früher eine unserer nationalen Währungen gewesen war, dieser Erfolg erfüllt Valéry Giscard und mich mit Genugtuung; denn wir haben die konkreten Vorarbeiten dafür geleistet. Wobei ich die Verdienste von Jacques Delors, François Mitterand und Helmut Kohl nicht verschweigen will.

Es ist gleichwohl nicht auszuschließen, dass der in Lissabon paraphierte Grundlagenvertrag sich als unzureichend erweist – ja, dass sogar dessen Ratifizierung nicht lückenlos zustande kommt. In solchem Falle würde sich nach einigen Jahren wahrscheinlich ein innerer Kern der EU herausbilden. Frankreich und Deutschland würden gewiss zu solch einem inneren Kern gehören.

Seit dem Schuman-Plan des Jahres 1950 sind fast alle Initiativen für den jeweils nächsten Integrationsschritt von Frankreich ausgegangen. Ohne weitsichtige französische Führung wären die bisherigen Erfolge des europäischen Zusammenschlusses nicht erreicht worden. Die EU braucht Frankreich. Als ein Schüler von Jean Monnet seit sechzig Jahren weiß ich: Ganz besonders wir Deutschen brauchen Frankreich. Seit Charles de Gaulle und seit Valéry Giscard d'Estaing habe ich außerdem begriffen: Frankreich kann sich nicht sicher fühlen ohne Deutschlands Integration in die Europäische Gemeinschaft der Vaterländer. Beide Nationen sind aufeinander angewiesen. Dabei wird es auch im 21. Jahrhundert bleiben.

Lieber Valéry, da ich inzwischen im 90. Lebensjahr angekommen bin, bilde ich mir ein, einige Freiheiten zu haben. Ich nehme mir die Freiheit, Ihnen für Ihre unschätzbar wertvollen Beiträge zur europäischen Integration zu danken. Ich bleibe Ihnen dankbar für lange Jahre erfolgreicher französisch-deutscher Zusammenarbeit; es war für mich die herausragende Hochebene meiner eigenen politischen Laufbahn. Ich bilde mir ein, wir beide haben gemeinsam ein gutes Beispiel für künftige deutsche und französische Politiker gegeben. Ich danke Ihnen für Jahrzehnte zuverlässiger Freundschaft.

Die Bürgerinnen und Bürger meiner Vaterstadt haben Ihnen heute mit großem Respekt und Sympathie zugehört – im Namen meiner Mitbürger nochmals mein herzlicher Dank für Ihre denkwürdige Rede. ■